

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmitt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telefax: 866 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Heinz Menzel MdB mahnt ausreichende Mittel für den Sozialen Wohnungsbau an: Regierungszahlen entpuppen sich als Windeler.

Seite 1

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB warnt vor einer Änderung der Haltung zum Status Jerusalems: Jerusalem ist mehr als die Hauptstadt Israels.

Seite 2

Florian Gerster MdB zum sicherheitspolitischen Rahmen der deutschen Einheit: Zwei-Zonen-Staat unter alliierter Kontrolle? (Teil II und Schluß).

Seite 3

45. Jahrgang / 79

25. April 1990

Regierungszahlen entpuppen sich als Windeier  
Regierungsoptimismus im Wohnungsbau gedämpft

Von Heinz Menzel MdB

In der Bundesrepublik fehlen 1,7 Millionen Wohnungen und die Wohnungsnot wird von Tag zu Tag größer. Ursache dieser Situation sind der stark zurückgegangene Wohnungsbau - 1988 wurden nur noch circa 200.000 Wohnungen fertiggestellt - und die hohen Zuwandererzahlen.

Mit einem halbherzigen Programm glaubt nun die Bundesregierung dieser Entwicklung entgegenwirken zu können. Mit der Bereitstellung von mageren zwei Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau, verteilt über die ganze Referenzperiode, meint die Wohnungsbauministerin, die Wohnungsnot wirkungsvoll angehen zu können.

Schon 1990 sollten 400.000 Baugenehmigungen erteilt werden. Auf alle Forderungen, nicht nur der Sozialdemokraten, sondern der gesamten Fachwelt, mehr Mittel bereitzustellen, um einen ausreichenden Wohnungsbau auch langfristig zu sichern, stellt sich die Regierung taub.

Nun droht auch noch das von ihr konstruierte Mangengebäude einzustürzen und dadurch die stolz verkündeten 400.000 Baugenehmigungen für 1990 zu Windeiern zu werden. Die restriktive Wohnungsbaupolitik dieser Koalition in den 80er Jahren hat nämlich zur kräftigen Schrumpfung der Bauwirtschaft geführt. Schon die noch bescheidene Belegung des Wohnungsbaus hat Preissprünge von circa 20 Prozent in der Bauwirtschaft zur Folge. Dazu kommen die Zinssteigerungen, die manchen Investor abschrecken.

Sie bramt nicht nur die Baudynamik fühlbar, sondern läßt auch für das nächste Jahr einen starken Einbruch befürchten. Es sei denn, die Koalition schließt sich den Forderungen der Sozialdemokraten an und stellt ausreichende Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung. (-/25.4.1990/vb-he/st)

\* \* \*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Freudiger Umgang  
mit wertvollen Ausdrücken  
Recycling-Papier



**Jerusalem ist mehr als die Hauptstadt Israels**

**Bush braucht Unterstützung**

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald  
Sprecher der SPD-Fraktion in der Parlamentarischen Vereinigung  
für Euro-Arabische Zusammenarbeit

Die Frage, welche Stadt Hauptstadt eines Volkes sein sollte, berührt oft einen nicht einfachen Problemkomplex aus historischen Entwicklungen und dadurch erwachsenen Traditionen, wirtschaftlichen Gegebenheiten, verwaltungstechnischen Erwägungen und nicht zuletzt politischen und psychologischen Fragen. Wir Deutsche erleben dies bei der aktuellen Diskussion um die Frage Berlin oder Bonn zur Zeit hautnah mit.

In einer Situation wie im Nahen Osten, wo verschiedene Völker den gleichen Lebensraum teilen müssen, spielen die psychologischen Aspekte naturgemäß eine besondere Rolle. Wenn dann noch, wie im Falle Jerusalem, Politik und Religion untrennbar miteinander verquickt sind, wird die Sache besonders kompliziert. Das Votum des amerikanischen Parlaments für Jerusalem als Hauptstadt des Staates Israel kann daher aus verschiedenen Gründen als nicht besonders hilfreich für den dringend benötigten Beginn eines Friedensprozesses im Nahen Osten angesehen werden.

1. Aus guten Gründen hatten die Vereinten Nationen 1947 in ihrem Teilungsplan für das ehemalige Mandatsgebiet Palästina neben einem israelischen und einem palästinensischen Staat Jerusalem als internationale Stadt vorgesehen (UN-Resolution 181).
2. Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß Jerusalem sowohl von den Juden als auch von den Moslems und den Christen als heilige Stadt betrachtet wird. Eine Erklärung zur Hauptstadt des neuen Judenstaates wäre als einseitige und damit konflikträchtige Bevorzugung angesehen worden und kam daher damals nicht in Frage.
3. Diese Haltung hat bis heute ihre Gültigkeit. Praktisch alle Staaten, die mit Israel diplomatische Beziehungen unterhalten, haben ihre Botschaften in Tel Aviv, nicht in Jerusalem.
4. Einseitige Erklärungen der israelischen Regierungen sowie auch die dem Völkerrecht widersprechende Annektierung Ost-Jerusalems nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 haben diese internationale Haltung und dabei auch die Haltung der USA nicht ins Wanken gebracht, im Gegenteil sogar gefestigt.
5. Die jetzigen Entschlüsse von Senat und Repräsentantenhaus unterminieren damit eine der wichtigen Grundlagen der amerikanischen Nahost-Politik. Die USA werden gegenüber der übrigen Welt und vor allem gegenüber ihren arabischen Gesprächspartnern unglaubwürdig, wenn diese Grundlage nun ohne Not aufgegeben wird. Einmal mehr werden sich die USA vorwerfen lassen müssen, einseitig Israel zu begünstigen.
6. Die neue amerikanische Haltung bringt den Friedensprozeß in keiner Weise vorwärts, er gibt im Gegenteil auf beiden Seiten den radikalen Elementen einen ungewollten Auftrieb. So werden sich die radikalen Siedler, die in Jerusalem immer weiter in das arabische Viertel eindringen und in der Osterwoche sogar im Christenviertel Gebäude der Griechisch-Orthodoxen Kirche besetzt haben, nun erst recht bestätigt fühlen. Auf der anderen Seite haben bereits radikale Palästinensergruppen Vergeltungsmaßnahmen gegen amerikanische Touristen angekündigt.

Auch wenn man sich noch so sehr wünscht, daß Jerusalem irgendwann einmal, wenn Israelis und Palästinenser zu einem friedlichen Zusammenleben gefunden haben, für beide Völker eine Hauptstadtfunktion ausüben kann, ist es falsch, dies heute und vor allem einseitig zu erklären.

Die vorsichtigen Friedensbemühungen von Präsident Bush brauchen die dringende Unterstützung von Senat und Repräsentantenhaus. Es ist daher zu hoffen, daß das amerikanische Parlament über diese Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen hat.

(-/25.4.1990/vo-he/st)

**Zwei-Zonen-Staat unter alliierter Kontrolle? (Teil II und Schluß)**

**Zum sicherheitspolitischen Rahmen der deutschen Einheit**

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

**3. Geteilte Souveränität?**

Die deutsche Einheit in Europa einzubetten, erfordert also die Integration von drei Problemkreisen: Es darf kein Vakuum in Mitteleuropa entstehen, der Kalte Krieg muß beendet werden und die Lösung hätte für das sowjetische Sicherheitsinteresse akzeptabel zu sein. Die Politik der westlichen „Siegermächte“ ist hier nicht nur unzureichend, sondern sie steht in einem offenen Widerspruch:

**3.1. Die Position des Westens**

Position der Briten und Amerikaner seit der Berliner Rede von US-Außenminister James Baker ist unverändert, ein vereintes Deutschland müsse weiterhin seine Verpflichtungen im Rahmen der NATO aufrechterhalten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher legte im Januar vor der evangelischen Akademie Tutzing eine besondere Variante der westlichen Position vor. Ein vereintes Deutschland könne demnach auch ohne Ostverschiebung des NATO-Territoriums Mitglied im westlichen Bündnis bleiben. In Washington überzeugte Genscher Banker davon, sich dieser Interpretation anzuschließen.

„Keine Ostausdehnung“ ist ein Taschenspielertrick. Es soll lediglich heißen, daß die NATO keine Truppen auf dem gegenwärtigen Gebiet der DDR stationiert - auch dies nur als „Übergangsregelung“, wie Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag einschränkte. Die entscheidenden Schwächen dieses Konzepts sind:

- \* Es ist für Moskau nicht akzeptabel, weil es keine langfristigen Garantien bietet und zugleich das heutige Gebiet der DDR als Operationsbasis für Streitkräfte und Strategie der NATO öffnet.
- \* Eine auch nur „vorübergehende“ Diskriminierung des Gebiets der DDR wirft gewaltige Probleme für eine gesamtdeutsche Regierung auf. Sie wäre in ihrer Verteidigungspolitik nur noch geteilt zuständig und die heutige DDR würde sich zum tatsächlichen Vakuum entwickeln. Wer versucht, eine völlig durchmilitarisierte Gesellschaft (von der NVA über kasernierte Volkspolizei bis hin zu Betriebskampfgruppen) zu „demilitarisieren“ und in ein alliiertes Protektorat zu verwandeln, bricht für nationalistische und militaristische Kräfte den Damm. Die Situation würde gefährlich der in der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg ähneln.

**3.2. Die Position des Ostens**

Aus Moskau verlauteten völlig andere Vorschläge. Auf Genschers Interpretation antwortete der Kreml durch den Mund des damaligen DDR-Regierungschefs Hans Modrow. Kaum war Michail Gorbatschow aus Berlin abgereist, schlug Modrow die Neutralisierung eines vereinten Deutschland vor. Gorbatschow hatte zuvor erstmals den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt. Auch nach der triumphal aufbereiteten Moskareise von Bundeskanzler Helmut Kohl im Februar änderte sich die sowjetische Position nicht. Man verwies auf Selbstbestimmungsrecht, das Angebot Modrows und die Bedeutung des europäischen Gleichgewichts. Beweglichkeit hat Moskau nur für den Fall signalisiert, daß sich die Bündnisse zu rein politischen Organen wandeln. Die entscheidenden Schwächen dieses Konzeptes sind:

- \* Eine Neutralität Deutschlands mißachtet das System kollektiver Stabilität. Die Erfahrungen der Entspannungspolitik zeigen eindeutig, daß Fortschritte in Vertrauensbildung und Abrüstung nur über den Zusammenschluß von Nationalstaaten in Bündnisse erreichbar sind. Ein

vereintes Deutschland jenseits bestehender sicherheitspolitischer Bündnisse wäre tatsächlich ein begrenzter Austritt aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik mit Ost und West. Langfristig könnte dies zu nationalen Alleingängen verführen.

- \* Der Neutralitätsvorschlag wird im Westen nie konsensfähig sein, weil er über den Auszug der Bundesrepublik aus der westlichen Sicherheitspolitik ohne jeden Ersatz die transatlantische Gemeinschaft beendet. Im Ergebnis wäre der Rückzug von Amerikanern und Briten aus der gemeinsamen Bündnispolitik die logische Konsequenz.

Angesichts der bisher vorgetragenen Positionen von Ost und West ist eine Einigung im Modell 2+4 nicht in Sicht. Ein Damoklesschwert kreist über der deutschen Einheit. Das innere Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ist unumstritten und die Einigung hier in vollen Gange. Nach außen aber würde Deutschland einem Zwei-Zonen-Staat unter alliierter Kontrolle gleichen. Die Bundesrepublik bliebe in die NATO integriert, die neulige DDR bei weiterer Truppenpräsenz der Roten Armee neutralisiert. Der gesamtdeutsche Souverän wäre in bedeutenden Teilen seiner Außenpolitik eingeschränkt und der Einigung der Alliierten überantwortet. Denn deren Befugnisse für Berlin und Deutschland als ganzes werden wohl nur bei einer zukunftsreichen Lösung der deutschen Einigung aufgelöst. Die Bundesrepublik hätte damit beträchtlich an außenpolitischem Spielraum eingebüßt.

Ein gesamtdeutscher Souverän hat ein legitimes Recht auf eine eigenständige Sicherheitspolitik für das gesamte Staatsgebiet. Eine Diskriminierung des Ostteils als entmilitarisierte Zone unter sowjetischer Besatzung wäre nicht nur verteidigungspolitisch unerträglich. In der heutigen DDR haben einschließlich paramilitärischer Kräfte derzeit mehrere 100.000 Mann Verfügung über Waffendepots. Schätzungen bewegen sich bis hinauf zu einer Million Personen. In den vergangenen Monaten ist viel von aufkeimendem Nationalismus in Deutschland die Rede gewesen. Wieviel Nationalismus würde sich erst rühren, wenn Deutschland für jeden erkennbar alliiertes Protektorat wäre! Ein der „Inneren Führung“ vergleichbares Konzept für die DDR hat nie bestanden. Niemand kann daher garantieren, daß sich in einem diskriminierten Ostteil nicht Freikorps wie nach dem Ersten Weltkrieg bilden und militaristisch gesinnte Kräfte bedeutenden Zulauf erlangen. Die Forderung „Wir sind ein Volk!“ könnte gefährlich weit nach rechts außen marschieren. Zumal die sowjetische Besatzung sich der einhelligen Ablehnung der ostdeutschen Bevölkerung sicher sein kann.

#### 4. Die europäische Einbettung der deutschen Einheit

Seit Monaten wird von der europäischen Einbettung der deutschen Einheit geredet. Es muß nun endlich aufgezeigt werden, was dies eigentlich bedeutet. Wir haben mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) seit 1973 ein Forum, das die Grundlage einer Politik der gemeinsamen Sicherheit in Europa darstellt. Wird die KSZE zu einem Sicherheitssystem ausgebaut, bleibt für NATO und Warschauer Pakt kein Platz mehr. Die außenpolitische Einbettung der deutschen Einheit muß so erfolgen, daß sie selbst den ersten Schritt in ein europäisches Sicherheitssystem darstellt und daher die Militärbündnisse erübrigt. Wenn Europa zusammenwächst, können wir die Blöcke auflösen. Der erste und entscheidende Schritt hierzu wäre die Einigung Deutschlands. Die deutsche Einheit kann das Pilotprojekt eines europäischen Sicherheitssystems werden, das durch den Abschluß der Wiener Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa (VKSE) bereits Konturen gewinnen wird. Die Initiative muß jetzt von den beiden Teilen Deutschlands ausgehen.

Die Wirksamkeit internationaler Verträge hängt von ihrer einvernehmlichen Gestaltung ab. Der geschichtliche Rückblick lehrt, daß einseitig diktierte Verträge, die das Interesse einer Seite verletzen, früher oder später gebrochen werden. Eine internationale Lösung der deutschen Einheit und der europäischen Sicherheit jenseits der Blöcke erfordert den Konsens aller teilhabenden Staaten. Ein solcher Konsens kann nur geschmiedet werden, wenn der Kalte Krieg durch ein neues Sicherheitssystem endgültig abgelöst wird. Gelingt es uns, allen Seiten Vorteile zu verschaffen, dürfen wir auf Kompromißbereitschaft hoffen.

US-Außenminister James Baker wurde im Repräsentantenhaus gefragt, ob die Vereinigten Staaten wirklich auf die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland bestehen werden. Er antwortete: „Es könnte durchaus andere Sicherheitsgarantien, Versicherungen, Fragen geben, die aufkommen könnten.“

Stellen wir uns nun eine konsensfähige Lösung vor:

#### 4.1 Verhinderung des Vakuums in Mitteleuropa

Ein europäischer Sicherheitsvertrag mit der Vereinigung Deutschlands als erstem Schritt hätte militärische Beschränkungen gesamtdeutscher Truppen festzulegen, die alle Ängste vor einem militärischen Wiederaufstieg Deutschlands beseitigen. Diese Beschränkungen müssen wir selber offensiv vertreten, um langwierige Datendiskussionen unter den Alliierten zu vermeiden. Die Bestimmungen wären

- ein deutscher Verzicht auf Produktion und Besitz aller Massenvernichtungswaffen;
- eine ungefähre Halbierung der gesamtdeutschen Truppen;
- Obergrenzen und Auflagen für die Wehrstruktur, die die Defensivorientierung der deutschen Streitkräfte gewährleisten;
- die Zuständigkeit der gesamtdeutschen Regierung für die Streitkräfte im gesamten Staatsgebiet;
- die Einbeziehung Deutschlands in das zu erschaffende europäische Sicherheitssystem von Anfang an.

Deutschland wäre damit im Rahmen vereinbarter Bindungen souverän, bliebe in Systeme der gemeinsamen Sicherheit eingebunden und würde durch die Defensivstruktur seiner Streitkräfte für niemanden eine Bedrohung darstellen. All dies kann aber nur glaubwürdig vertreten werden, wenn wir die neue Struktur der deutschen Streitkräfte ausarbeiten.

#### 4.2. Die neue Struktur der deutschen Streitkräfte

Der frühere DDR-Verteidigungsminister Theodor Hoffmann schlug vor einiger Zeit deutsche Streitkräfte von 300.000 Mann vor, was die Vorstellungen in Moskau ungefähr wiedergeben dürfte. Die gleiche Größenordnung nennt Günter Kießling in seinem 1989 erschienenen Buch „Neutralität ist kein Verrat“. In der SPD wird an eine ungefähre Halbierung der (westdeutschen) Bundeswehr gedacht, auf einen Friedensumfang von rund 250.000 Soldaten, der einschließlich Reservisten auf maximal 600.000 anwachsen könnte. Dies ermöglicht eine Reduzierung der Wehrpflichtzeit auf zwölf Monate. Offensivfähige Strukturen werden aufgelöst.

Es ist gefährlich, in einer durchmilitarisierten Gesellschaft wie der DDR eine vollständige Abrüstung herbeizuzwingen. Eine Halbierung der NVA würde die deutschen Streitkräfte um rund 90.000 Mann erhöhen.

Die Bewaffnung würde sich erheblich verändern. Offensivfähiges Kampfgerät (vor allem Kampfpanzer und -flugzeuge) würden etwa auf ein Viertel des heutigen Bundeswehr-Bestandes verringert, Vorstellungen, wie sie als Globalziele auch für die VKSE-Folgeverhandlungen (Wien II) gelten.

Die deutschen Streitkräfte würden zugleich eine neue Verteidigungsdoktrin formulieren, weil die Strategien der NATO obsolet sind. Für eine „Vorne-Verteidigung“ integrierter NATO-Verbände an der innerdeutschen Grenze fehlen seit dem 9. November 1989 die Grenzmarkierungen, und nach allgemeiner Auffassung soll „vorne“ zukünftig eben nicht an Oder und Neiße liegen. Einer

nuklearen Eskalationsdrohung im Stile der „Flexible Response“ ist ebenso die Grundlage entzogen: Die Bevölkerung akzeptiert schon lange keine Verteidigung mit Atomwaffen mehr; die entscheidenden Mittel dieser Doktrin sind seit Abschluß des INF-Vertrages abgezogen worden; wir können kein Interesse daran haben, zur Verteidigung ein demokratisches Osteuropa atomar einzuäschern; die fortgesetzte Stationierung von Kernwaffen in Mitteleuropa würde die deutschen Einigungsbemühungen systematisch stören.

Die neue Strategie wäre die der reinen Verteidigungsfähigkeit ohne jede realistische Angriffsoption. Eine solche Strategie erfordert bei ausgedünnten Truppen auch bewegliche Kampfeinheiten für den Gegenangriff. Eine erhebliche Reduzierung der Gegenangriffsverbände ist aber möglich, zumal die heutige Strategie der US-Streitkräfte in der NATO (Follow-on-Forces-Attack) auf unzutreffenden Annahmen basiert. Es kommt vielmehr auf das flexible Zusammenspiel starker Abwehrkräfte auf dem Boden mit geringen, aber luftbeweglichen Gegenangriffs Kräften an. Durch den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und die drastische Reduzierung offensivfähigen Großgeräts wären eigene realistische Angriffsoptionen verwehrt.

#### 4.3. Beendigung des Kalten Krieges

Osteuropa ist unwiderruflich in die Freiheit entlassen. Wenn sich Deutschland aus der gemeinsamen NATO-Strategie verabschiedet, hat die NATO nicht nur ihre militärische Begründung verloren, sondern jede reale Operationsbasis. Dies ist zwar zeitgemäß, weil die sowjetische Invasionsfähigkeit nicht mehr besteht, wirft aber zwei Probleme auf. Erstens ist die wichtigste bündnispolitische Verbindung zwischen Westeuropa und Nordamerika gebrochen, zweitens sinkt über den Rückzug der sicherheitspolitischen Bündnisse die Stabilität. Es muß also ein Bündnisersatz für NATO und Warschauer Pakt geschaffen werden.

Ein Europäischer Sicherheitsvertrag sollte daher die Verpflichtung aller Beteiligten enthalten, Verhandlungen über den Eintritt in ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem unter dem Dach der KSZE aufzunehmen. Die Einigung Deutschlands wäre dann die erste Stufe zur Auflösung der Blöcke in ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa. Verringerte Truppen von USA und UdSSR könnten vorübergehend in Deutschland verbleiben. Sie würden genau beschriebene Kontrollaufgaben übernehmen. Durch ihre Präsenz übernehmen USA und UdSSR zugleich erste Garantiefunktionen im Rahmen des europäischen Sicherheitssystems, dessen Grundlage die gegenseitige Friedens- und Beistandspflicht seiner Mitglieder sein sollte. Verträge über die ausländische Truppenstationierung in Deutschland würden von dieser Neuregelung abgelöst.

Perspektivisch zu denken heißt nicht, Pläne für das kommende Jahrhundert aufzustellen. Zukunfts-trächtig ist vielmehr, durch kurzfristige Schritte Entwicklungen einzuleiten, die nicht mehr umgekehrt werden können.

#### 4.4. Akzeptanz der deutschen Einheit

Die hier vorgeschlagene Einbettung der deutschen Einheit würde allen Seiten Vorteile bieten. Wir Deutschen erhielten die Einheit ohne Zweiteilung unserer Sicherheit. Die Auflösung der Militärblöcke wäre der unumkehrbare erste Schritt zur europäischen Friedensordnung, die die Nachkriegszeit ablöst.

(-/25.4.1990/vo-ha/st)

\* \* \*